Niederschrift

9. Plenarsitzung des Gemeinderates
29. April 2025, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzende: Erste Bürgermeisterin Gabriele Luczak-Schwarz

Punkt 9 der Tagesordnung: Regionalplan Mittlerer Oberrhein; Teilfortschreibung "Solarenergie" - 2. Anhörung
Vorlage: 2025/0161

Punkt 10 der Tagesordnung: Regionalplan Mittlerer Oberrhein; Teilfortschreibung "Windenergie" - 2. Anhörung
Vorlage: 2025/0199/1

Beschluss:
TOP 9:

1. Der Gemeinderat stimmt der Stellungnahme der Verwaltung (gemäß Anlage 01) zu den Planungen des Regionalverbands zur Fortschreibung des Regionalplankapitels 4.2.5 Erneuerbare Energien – Plansätze 4.2.5.1 „Allgemeine Grundsätze“ und 4.2.5.3 „Vorbehaltsgebiete für regionalbedeutsame Photovoltaik-Freiflächenanlagen“ des Regionalplans Mittlerer Oberrhein 2003 als Kapitel 1.2.7 „Grundsätze zur Entwicklung der Energieversorgung“ sowie Kapitel 4.2 „Energieversorgung“ – Plansätze 4.2.1 „Anlagen der Energieversorgung“ sowie 4.2.3 „Vorranggebiete für Freiflächenphotovoltaikanlagen“ zu.

2. Der Gemeinderat stimmt der Stellungnahme der Planungsstelle des Nachbarschaftsverbandes Karlsruhe zur Fortschreibung des Regionalplankapitels (gemäß Anlage 02) zu. Er beauftragt Herrn Oberbürgermeister Dr. Mentrup, die Position der Stadt Karlsruhe in der Verbandsversammlung des Nachbarschaftsverbandes am 19. Mai 2025 zu vertreten.

Entsprechend des mündlichen Änderungsantrags wird die Fläche um den Gänsberg herausgenommen.

TOP 10:
Der Gemeinderat beschließt:

1. Der Gemeinderat stimmt der Stellungnahme der Verwaltung (gemäß Anlage 01) zu den Planungen des Regionalverbands zur Fortschreibung zur Aufstellung des Regionalplankapitels 4.2.4 „Vorranggebiete für Windenergieanlagen“ zu.

Gedruckt auf 100 Prozent Recyclingpapier

2. Der Gemeinderat stimmt der Stellungnahme der Planungsstelle des Nachbarschaftsverbandes Karlsruhe zur Fortschreibung des Regionalplankapitels (gemäß Anlage 02) zu. Er beauftragt Herrn Oberbürgermeister Dr. Mentrup, die Position der Stadt Karlsruhe in der Verbandsversammlung des Nachbarschaftsverbandes am 19. Mai 2025 zu vertreten.

Abstimmungsergebnis:
Mündlicher Änderungsantrag: Mehrheitliche Zustimmung (27 JA-Stimmen, 14 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)
TOP 9 Veränderte Beschlussvorlage: Mehrheitliche Zustimmung (38 JA-Stimmen, 5 Nein-Stimmen)
TOP 10: Mehrheitliche Zustimmung (38 JA-Stimmen, 5 Nein-Stimmen)

Die Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkte 9 und 10 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Planungsausschuss am 10. April 2025.

Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass in der Referenzvorlage die Anlage 3 im Bereich Windenergie die Ergebnisse aus den Ortschaftsräten und aus dem Planungsausschuss, und hier geht es explizit noch einmal um die Aufnahme des Themas Energieberg in Karlsruhe, eingearbeitet worden sind, und damit könnten wir dann in die Debatte starten.

Stadträtin Dr. Klingert (GRÜNE): Wir wollen uns zunächst einmal für die gute Vorbereitung und die ausführlichen Stellungnahmen von der Stadt und dem Nachbarschaftsverband bedanken und stimmen Ihnen mit einer kleinen Einschränkung zu. Kurz zur Photovoltaik: Wir freuen uns, dass wir hier das Planziel von 0,2 Prozent der Fläche auf dem Gebiet des Regionalverbands bzw. des Verbandes Region Karlsruhe, wie er jetzt heißt, mit einem Anteil von 0,33 Prozent übererfüllen und dass wir auch entgegen der ursprünglichen Planung fünf statt nur zwei Freiflächen-Solarvorranggebiete für Freiflächen-Solaranlagen auf Karlsruher Gemarkung haben. Allerdings in Karlsruhe liegen wir mit 0,16 Prozent deutlich unter dem Schnitt. Das ist natürlich auch irgendwo für eine Stadt nicht ganz einfach, so etwas zu erreichen. Trotzdem würden wir es deshalb begrüßen, weitere Flächen in die Planung aufzunehmen, und das betrifft insbesondere die Fläche Rippertsfeld bei Hohenwettersbach mit 40 Hektar, eine Fläche, die sich wirklich lohnt. Die Verwaltung schlägt vor, diese Fläche weiter zurückzustellen, obwohl es einen privaten Investor gibt, der dort eine Freiflächen-Solaranlage bauen möchte. Und als Grund wurde genannt, dass die Feldlerche zu Schaden kommen könnte. Allerdings sieht die Studienlage für Feldlerchen oder für Bodenbrüterentwicklung, insbesondere Feldlerchen unter Freiflächen-Solaranlagen, durchaus auch zum Teil positive Ergebnisse, weil die Tiere nämlich da nicht gestört werden. Also das sollte man zumindest noch einmal genauer prüfen. Im Augenblick ist das Gelände bedeckt für den Maisanbau. Das heißt, durch eine Freiflächen-PV-Anlage würde die Landschaft dort weder hübscher noch hässlicher. Deswegen würden wir uns freuen, wenn dieses Gebiet noch einmal geprüft werden würde.

Ganz kurz zum Wind: Schade, dass wir von den ursprünglich 3 Prozent Fläche im Bereich des Regionalverbandes auf 2 Prozent der Fläche reduziert haben, auch wenn die über den geforderten 1,8 Prozent liegen. Aber grundsätzlich tragen wir die Vorgehensweise mit, dass alle Flächenermittlungen einheitlichen Kriterien unterliegen, wobei die nicht immer ganz nachvollziehbar sind. Und deswegen stimmen wir der Stellungnahme der Stadt

Karlsruhe in vollem Umfang zu, dass geprüft werden sollte, ob man den Energiehügel nicht doch so gestalten könnte, dass er in Zukunft seinem Namen gerecht bleibt und als Vorrangfläche für Windkraft ausgewiesen wird, vielen Dank. Wir stimmen dem Ganzen also zu.

Stadträtin Schütz (CDU): Den vorgeschlagenen Weg des Regionalverbandes und der Stadtverwaltung gehen wir gerne mit. Das beinhaltet die Flächenpotenziale für Photovoltaik und Windkraft. Beim Thema Windkraft können wir hier sicher gut damit leben, dass der Edelberg als Fläche nicht mehr weiter verfolgt wird, denn die Auswirkungen auf das Landschaftsbild unserer Höhenstadtteile, die wären doch sehr groß gewesen. Einverstanden sind wir auch damit, dass die Stadt beim Energieberg und der Fläche in Grötzingen noch einmal nachhaken wird. Das ist sehr gut. Bei den Flächen zur Photovoltaik gehen wir ebenfalls grundsätzlich mit. Gerade bei der Freifläche entlang der A8 in Wettersbach wünschen wir uns aber mehr Tempo, denn hier schlummert ja auch Potenzial von bis zu 2,9 Gigawattstunden Strom aus sauberer Solarenergie. Die Menschen in Grünwettersbach und Palmbach, die brennen darauf, dass die Fläche für Photovoltaik genutzt wird und vor allem aus genossenschaftlichem Engagement heraus. Dies hatten wir ja übrigens letztes Jahr per Antrag gefordert, und wir unterstützen dieses Anliegen auch weiterhin. Also insgesamt eine runde Sache, und wir stimmen dem weiteren Vorgehen zu.

Stadträtin Ernemann (SPD): Im Wesentlichen kann ich mich meiner Vorrednerin anschließen. Lassen Sie mich aber noch eine Anmerkung machen zu dem Gebiet Rippertsfeld. Dass also die GRÜNE-Fraktion noch einmal überprüft haben will beziehungsweise aufgenommen haben will, das sehe ich also im Namen meiner Fraktion und vor allem im Namen der Bevölkerung und des Ortschaftsrates aus Stupferich nicht so. Diese Fläche wird von der Stadt nicht mehr weiter verfolgt. Es gab zwar Interesse der Stadtwerke an dieser Fläche, sie kamen aber nicht zum Zug bei dem privaten Investor oder, Entschuldigung, beim privaten Großgrundbesitzer, der in meinem Stadtteil lebt. Und dieser Besitzer dieser großen Fläche verhandelt jetzt mit einem privaten Investor. Die Stadt will sich an den Gesprächen offensichtlich beteiligen oder will zumindest uns informieren, was bei den Gesprächen herausgekommen ist. Wir selbst unterstützen das Ansinnen der Stadt, dass diese Fläche nicht weiter verfolgt wird, und akzeptieren den Willen der Bevölkerung in Stupferich sowie auch des Ortschaftsrates, diese Flächen nicht weiter zu verfolgen.

Was die Windenergie anbelangt, kann ich mich meiner Vorrednerin, der Frau Schütz, anschließen, dass wir also auch begrüßen, dass der Edelberg in Wettersbach, der ja im Grunde genommen zum größten Teil die Windkraftanlage auf Ettlinger Gemarkung, aber zum kleinen Teil auch auf Wettersbacher Gemarkung geplant war, herausgenommen worden ist. Es wäre in der Tat für das Landschaftsbild dort oben nicht verträglich oder erträglich. Weiterhin begrüßen wir, dass also die Stadt den Windmühlenberg Deponie West in Knielingen weiter verfolgt. Das erschließt sich uns überhaupt nicht, dass diese Fläche oder dieser Bereich herausgenommen werden sollte. Also das wird von unserer Seite aus unterstützt. Also summa summarum stimmen wir beiden Vorlagen in Bezug auf Solar wie auch Windenergie und Photovoltaik zu.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Am 1. Januar dieses Jahres hat die Bundesnetzagentur unter dem Titel „Ausbau erneuerbarer Energien 2024“ aktuelle Zahlen veröffentlicht. Der Ausbau der erneuerbaren Energien wurde 2024 um 20 Gigawatt fortgesetzt. Wir haben jetzt insgesamt zum Jahresende 2024 190 Gigawatt an erneuerbaren Energien in Deutschland,

und das vor dem Hintergrund, dass wir maximal 85 Gigawatt überhaupt verbrauchen können. Das heißt, wir haben mehr als das Doppelte an Erzeugungskapazität, als wir überhaupt verbrauchen können. Beim Strom ist es so, dass das, was erzeugt wird, auch gerade verbraucht werden muss. Man kann ihn in großen Mengen nicht problemlos speichern, und das Netz muss immer so viel Strom bekommen, wie verbraucht wird. Deswegen ist aus unserer Sicht hier schon mehr als genug getan, wie gesagt, mehr als das Doppelte von dem, was wir verbrauchen können. Wir verstehen natürlich, wenn Privatleute sich autark machen wollen, sich nicht auf ein Stromnetz verlassen wollen, das in vielen Bereichen auf Kante genäht ist, was die Durchleitungskapazitäten angeht, und sich deswegen Photovoltaik auf das Dach setzen. Wir lehnen aber öffentliche Photovoltaik ab, weil nämlich die Bürger doppelt bezahlen müssen. Sie müssen einmal mit ihren Steuern bezahlen für die Errichtung, dann müssen sie mit den Stromgebühren dafür bezahlen, am Ende müssen sie dann noch mit ihren Steuern die Entsorgung bezahlen. Insbesondere lehnen wir Freiflächen-Photovoltaik ab, weil nämlich wir eh in Deutschland zu wenig Grundstücke haben, die mit Ackerbau genutzt werden können. Und es ist schon, Frau Dr. Klingert, sehr beachtenswert, dass die GRÜNEN der Meinung sind, dass ein Maisfeld weniger schön ist als ein Feld, das mit Freiflächenphotovoltaik bedeckt worden ist, wie Sie es vorhin ausgeführt haben. Also unsere Sicht ist es nicht. Wir sind da deutlich naturverbundener als Sie. Für uns ist jede Art von Bewuchs besser als Freiflächenphotovoltaik.

Da wir ja, wie gesagt, keinen weiteren Zubau brauchen, lehnen wir auch weitere Windkraftausbauten ab, zumal wir hier in Baden-Württemberg die geringste Windausbeute von ganz Deutschland haben. Und der Energieberg hier in Karlsruhe, da haben wir in der Vergangenheit schon Probleme gehabt, da überhaupt die Fundamente für die Windkraftanlagen sicher zu verankern. Auf dem Untergrund, den wir dort haben, es ist ja eine alte Mülldeponie, und deswegen, wenn wir jetzt in Zukunft größere Windkraftanlagen bauen, wäre diese Deponie erst recht nicht als Untergrund geeignet. Deswegen finden wir es auch nicht sinnvoll, dass da noch einmal nachgefragt wurde, ob man diesen Bereich nicht doch einplanen kann. Insgesamt gesehen haben wir genug Gründe, diese Vorlage abzulehnen.

Stadträtin Lorenz (FW): Ich fange von hinten an. Dem Tagesordnungspunkt 10, Teilfortschreibung „Windenergie“ können wir so zustimmen. Wir sind der Ansicht, das sind relativ gute Flächen gefunden worden für das, was wir da leisten müssen.

Zum Tagesordnungspunkt 9, „Solarenergie“ haben wir bei einer Fläche große Probleme, und sollte die nicht herausgenommen werden, könnten wir dem Tagesordnungspunkt 9 so nicht zustimmen. Es geht um die Fläche beim Park and Ride in Stupferich. Das ein sehr großes Stück Ackerland, das sich komplett im Besitz der Stadt befindet. Und der Stadtteil oder der Höhenstadtteil Stupferich benötigt dringend Ausgleichsfläche. Des Baugebiet Gänsberg ist schon lange in der Pipeline. Händeringend werden Flächen gesucht, und nun soll hier Photovoltaik darauf gebaut werden. Wie vorhin schon gesagt, fast ständig reden wir über das Bauen, über mangelnden Wohnraum. Hier sind wir auf der Zielgeraden und auch wurde den Stupferichern nicht mitgeteilt, wie das kompensiert werden soll. Auch in der Vorlage steht nicht, dass sich der Stupfericher Ortschaftsrat mit großer Mehrheit gegen diese Fläche ausgesprochen hat. Und ich erinnere daran, dass uns ja eigentlich hier die Prämisse ist, dass der Gemeinderat dem Votum des Ortschaftsrats folgt. Der Ortsvorsteher, Herr Gartner, ist anwesend, und ich bitte Sie, Frau Erste Bürgermeisterin, ihm das Wort zu erteilen für eine Stellungnahme.

Die Vorsitzende: Vielen Dank, Frau Lorenz. In der Tat, Herr Gartner hätte sich wahrscheinlich auch selbst gemeldet zu dem Tagesordnungspunkt, aber Herr Ortsvorsteher, Sie haben das Wort.

Ortsvorsteher Gartner: Vielen Dank, Frau Lorenz, Sie haben ja das meiste schon gesagt. Also grundsätzlich hat der Ortschaftsrat sich nicht gegen Photovoltaikanlagen ausgesprochen, nur gegen diese Fläche an der Autobahnausfahrt, weil diese Fläche einfach in städtischem Besitz sich befindet. Und wir suchen seit Monaten händeringend nach Ausgleichsflächen für unseren Gänsberg. Und jetzt hätten wir hier ein Grundstück mit 5 Hektar in städtischem Besitz und wollen eine Photovoltaikanlage darauf bauen. Das ist natürlich ein Dorn im Auge für die Ortschaftsräte, deswegen war auch die große Mehrheit dagegen. Und ich könnte auch, wenn da eine Photovoltaikanlage gebaut wird, meinen Stupfericher Landwirten schlecht vermitteln, dass sie ihre Grundstücke hergeben sollen für Ausgleichsfläche, und die Stadt Karlsruhe macht aber auf ihrem Grundstück von 5 Hektar eine Photovoltaikanlage. Das wäre nicht mehr zu vermitteln. Deswegen bin ich auch der Meinung, wie die Frau Lorenz schon gesagt hat, dass wir diesen Punkt aus der Vorlage herausnehmen müssen.

Die Vorsitzende: Vielen Dank erst einmal für die umfassende Stellungnahme. Wir haben jetzt zwei Änderungselemente auf dem Tisch, einmal das Thema Rippertsfeld, warum es nicht aufgenommen wurde als Vorranggebiet, Frau Dr. Klingert, und dann die Stellungnahme von Herrn Gartner, warum wir den Gänsberg aufgenommen haben, mit Blick auf Ihre Ausführungen. Und dazu würde ich jetzt Frau Karmann-Woessner das Wort erteilen.

Prof. Dr. Karmann-Woessner (Stadtplanungsamt): Ich glaube zum Rippertsfeld, das hat die Frau Ernemann schon sehr detailliert erläutert, weil das auch in der Vorlage beschrieben ist und auch die Herleitung einfach sehr klar ist. Und zu der anderen Fläche, da war ja die Frau Dederer bei ihnen im Ortschaftsrat, und Sie haben ja auch ganz deutlich gesagt, dass Sie diese Fläche nicht weiter verfolgen. Ich kenne jetzt die Details nicht in den Einzelheiten, das müssten wir Ihnen noch quasi nachreichen, aber ich weiß nur, dass wir da nicht ganz frei sind in unseren Entscheidungen aufgrund der regionalplanerischen Vorgaben, aber wir klären das gerne.

Die Vorsitzende: Ich habe einen Geschäftsordnungsantrag von Frau Stadträtin Lorenz.

Stadträtin Lorenz (FW): Ich stelle natürlich den Antrag, die Fläche beim Park and Ride-Parkplatz in Stupferich aus der Vorlage zu streichen.

Die Vorsitzende: Die gleiche Frage hätte ich jetzt auch Richtung GRÜNE-Fraktion gestellt, ob der Antrag dahingehend oder die Ausführungen dahingehend zu verstehen sind, dass eine Aufnahme in die Stellungnahme gewollt ist oder ob Sie mit den Ausführungen in der Vorlage..., wie wir gesagt haben, wir werden berichten über die Gespräche. Es geht, vielleicht noch einmal als Hintergrund, Frau Dr. Klingert, das wissen Sie und die Kolleginnen und Kollegen, es geht darum Vorranggebiete auszuweisen. Losgelöst davon kann jeder Investor ein Bebauungsplanverfahren einleiten auf eine Fläche, die nicht ein Vorranggebiet ist. Und insofern ist es eine Verfahrenserleichterung, wenn nicht in diesem Teilplan entsprechend Solarenergie enthalten ist. Das einfach noch einmal zur Klarstellung, dass es letztendlich um juristisch technische Abgrenzung geht. Das wäre mir an der Stelle auch noch einmal wichtig. Und jetzt gucke ich noch einmal Frau Dr. Klingert, welche Variante die

GRÜNEN-Fraktion gewählt hat, noch einmal Klarstellung, so wie in der Vorlage, oder auch als Ergänzungsantrag.

Stadträtin Dr. Klingert (GRÜNE): Nein, einen Ergänzungsantrag brauchen wir, glaube ich, nicht. Es wäre schön, wenn man es einfach noch einmal prüfen könnte im Verfahren.

Die Vorsitzende: Damit sage ich das zu, so haben wir es ja auch entsprechend ausgeführt. Und dann wäre der Punkt entsprechend erledigt. Und dann hätten wir den Antrag seitens der FDP und Freien Wähler, Herausnahme des Gebietes um Gänsberg aus unserer Stellungnahme. Und Sie haben die Wortmeldung, die Stellungnahme von Frau Professor Karmann-Woessner entsprechend nachvollziehen können.

Stadtrat Cramer (KAL): Also ich muss ehrlich sagen, ich bin etwas irritiert, dass es jetzt hier in sozusagen der finalen Abstimmung jetzt von der FDP, aber vor allem aus Stupferich kommt. Also ich erinnere mich jetzt nicht, dass das im Planungsausschuss so dezidiert gesagt wurde. Oder habe ich das in der falschen Erinnerung? Also irgendwie jetzt so einen Einwurf zu machen, mündliche Antragsänderung, also da haben wir jetzt erst einmal ein Problem damit.

Die Vorsitzende: Also ich denke, es war Thema im Planungsausschuss. Herr Bürgermeister Fluhrer wird dazu noch einmal Ausführungen machen.

Bürgermeister Fluhrer: Nur ganz kurz möchte ich es noch einmal klarstellen. Wir haben das Thema diskutiert, was sozusagen für Rückmeldungen aus den Ortsteilen kam, haben das auch angesprochen. Die Fachleute bei uns sagen, aus ihrer Sicht ist ein naturschutzrechtlicher Ausgleich auch in so einem Gebiet möglich, aber das ist noch unbewiesen. Insofern, wenn Sie sozusagen auf der sicheren Seite sein wollten, wir können jetzt nicht den Vorschlag machen, weil die Systematik ist ja so, dass es über viele Stationen bei uns, viele Einheiten abgestimmt ist. Insofern wäre der richtige Vorgang tatsächlich, dass man, wenn Sie sozusagen skeptisch sind, ob das funktioniert, dann den Antrag so stellen, wie Frau Lorenz vorgeschlagen hat.

Die Vorsitzende: Gut, ich hätte es trotzdem gut gefunden, wenn man das mit dem schriftlichen Änderungsantrag im Vorfeld hätte eingebracht, weil letztendlich das eine abgewogene Stellungnahme auch in den entsprechenden Fachausschüssen gewesen ist und ich mir schon die Frage stelle, ob man diese Problematik in Stupferich nicht auch anderweitig lösen könnte. Also die Frage würde ich jetzt einmal in den Raum stellen. Wir haben etwas Zeitdruck mit der Vorlage, weil wir sind in einem formalen Verfahren, wo wir einen Beschluss heute brauchen. Also wir brauchen einen Beschluss von Ihnen, wie die Stellungnahme aussehen soll. Ich würde diesem Votum wieder raten jetzt in dem Bereich, aber Frau Lorenz hatte jetzt sich noch einmal gemeldet, und dann würden wir einfach in die Abstimmung gehen.

Stadträtin Lorenz (FW): Ich wollte nur noch einmal klarstellen, dass im entsprechenden Ausschuss, das kann man ja auch im Protokoll nachlesen, ich die Frau Dederer explizit gefragt habe, auf das Votum vom Ortschaftsrat hingewiesen, weil mir sogar dort zugetragen wurde, dass es einstimmig ist. Dann hat sie gesagt, nicht ganz, aber mit großer Mehrheit, eine Fraktion hätte sich da nicht so dagegen geäußert. Mich hat auch verwundert, dass es in der Vorlage nicht drinsteht. Und ich habe heute explizit wegen dem Fall noch einmal mit

dem Ortsvorsteher telefoniert. Von daher ging es nicht früher. Ich wollte das jetzt aber unbedingt klarstellen, weil das ist eine wichtige Entscheidung. Wie gesagt, es geht da oben auch um Wohnbau, es geht um ein lang geplantes Seniorenheim. Und wir müssen uns einfach fragen, was wir wollen. Und wenn wir jetzt diese Teilfläche rausnehmen, erreichen wir immer noch das Ziel. Deswegen bitte ich Sie um Ihre Zustimmung, dass wir aus Sicherheitsgründen diese große, in städtischer Hand befindliche Fläche jetzt aus der Vorlage entnehmen.

Die Vorsitzende: Herr Ortsvorsteher, Sie haben sich noch einmal gemeldet, oder hat sich das mit der Wortmeldung erledigt?

Ortsvorsteher Gartner: Ja, hat sich eigentlich erledigt. Ich möchte aber einfach noch einmal auch meiner Enttäuschung ein bisschen Platz machen, dass in diesem Hause einmal eine Aussage getroffen wurde, dass man Mehrheitsbeschlüsse der Ortschaftsräte akzeptiert und unterstützt. Und das vermisse ich hier. Und wenn das im Ausschuss auch noch so dargelegt wurde, dann verstehe ich nicht, wenn der Herr Cramer sagt, er wusste von nichts. Also da bin ich schon ein bisschen enttäuscht. Und wenn solche Vorlagen vorliegen, dann bin ich auch immer gesprächsbereit, und jeder kennt meine Telefonnummer. Dann darf man auch im Vorfeld zu solchen Beratungen mich gerne einmal anrufen.

Stadtrat Löffler (GRÜNE) Ja, Herr Ortsvorsteher Gartner, an der Stelle möchte ich Ihnen dann doch gerne noch einmal entgegentreten, weil wir haben das Problem, dass wir zwar eine Reihe an Vorberatungen in den Ortschaftsräten dieser Vorlage stehen haben, aber keine Dokumentation darüber, welche Beschlüsse gefasst worden sind, über welchen Inhalt und mit welchem Ergebnis. Und genau deswegen ist es nicht zum ersten Mal bei diesem Thema der Regionalplanfortschreibung zu einer Unklarheit gekommen, wie sich denn jetzt ein Ortschaftsrat zu verhalten hat, ob es einstimmig war oder ob es eine Mehrheit war, ob es eine knappe Mehrheit war, weil es nicht dokumentiert ist. Und wenn es auf Nachfrage im Ausschuss dann aufgeklärt werden kann, ich glaube, da sind wir dann am Ende auch in dem Sachverhalt auch angekommen und an der Stelle auch informiert, dass es eine mehrheitliche Entscheidungen im Ortschaftsrat Stupferich gab, die Fläche herauszunehmen. Ich glaube, soweit hat die Vorberatung dann doch zur Aufklärung auch beigetragen. Dennoch bleiben wir dabei, dass wir die Herausnahme der Fläche inhaltlich nicht unterstützen, weil wir es nicht unterstützen können, die Flächenziele aus unserer Sicht, aus der Sicht der Stadt Karlsruhe in ihrem Beitrag für den Regionalverband eben nicht zu erfüllen. Das ist der erste Punkt. Und der zweite Punkt ist, Sie sprechen das Baugebiet am Gänsberg an. Das ist natürlich auch ein Ziel, das auch nicht von allen uneingeschränkt getragen wird. Das heißt, den Konnex, den Sie an der Stelle aufmachen, den unterstützen auch nicht alle in der gleichen Weise. Demzufolge ist die Ablehnung da auch nur folgerichtig.

Die Vorsitzende: Wir haben jetzt einige Wortmeldungen. Ich würde jetzt einmal sagen, dass wir hinsichtlich der Debatte noch einmal auf den Punkt kommen. Ich möchte auch noch einmal daran erinnern, dass es das Ziel sein muss, dass wir im Regionalverband einen entsprechenden Beschluss herbeiführen, weil wenn wir diesen Beschluss nicht herbeiführen, auf jeder Fläche der Gemarkung der Stadt Karlsruhe Photovoltaik möglich sein wird. Also deswegen, das ist mir auch noch einmal wichtig, dass man den Gesamtrahmen sieht, dass halt jeder seinen Beitrag bringen muss. Insofern, da ist die Deckung zur Aussage vom Herrn Stadtrat Löffler schon da. Jede Gebietskörperschaft muss Beiträge bringen, damit wir dieses 2-Prozent-Flächenziel dann auch letztendlich erreichen. Aber es ist letztendlich Ihre

Entscheidung. Jetzt habe ich noch drei Wortmeldungen, und dann wäre mein Vorschlag, dann stimmen wir halt darüber ab.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Ich würde einfach anregen, dass wir es so machen, wie es in manchen Stellungnahmen auch schon gemacht wurde, dass man halt die Voten und auch vielleicht ein bisschen mehr aus den Ortschaftsräten in die Stellungnahmen übernimmt. Denn die Vorberatung, ich verstehe, in den gemeinderätlichen Gremien, da sind wir alle vertreten, in den Ortschaftsräten nicht. Und da ist immer die Frage: Wer muss jetzt liefern? Holen wir uns die Infos oder kommen die dann aus den Ortschaftsräten hier rein? In manchen Stellungnahmen haben wir das schon gemacht, dass das dann einfach übernommen wurde. Ich würde es doch anregen, dass man das in Zukunft an der Stelle auch tut, damit wir dann nämlich nicht wieder in die Situation kommen, in der wir jetzt stecken. Wir würden uns dem Antrag der FDP und Freien Wähler anschließen an der Stelle. Das wollte ich einfach noch einmal deutlich sagen für meine Fraktion. Aber in Zukunft müssen wir einen Weg finden, wie wir diese Situation vermeiden.

Stadtrat Müller (CDU): Ich schließe mich eigentlich den Vorrednern an, insbesondere der Frau Kollegin Lorenz, die das Prozedere dargelegt hat, wie es jetzt tatsächlich zu dem Geschäftsordnungsantrag gekommen ist. Das muss ich nicht weiter ausführen. Herr Kollege Löffler, wissen Sie, wenn Sie dann sagen, dass nicht jeder vorbehaltslos hinter dem Bauprojekt oder dem Umsetzungsprojekt Planungsprozess Gänsberg steht, dann meinen Sie wohl in erster Linie sich selbst und Ihre Fraktion. Auf der anderen Seite plädieren Sie auch bei jeder Gelegenheit für Wohnraum, für bezahlbaren Wohnraum. Also da müssen Sie sich irgendwann einmal entscheiden. Offensichtlich können Sie das nicht. Das haben Sie letztendlich mit Ihrem Wortbeitrag auch sehr deutlich zum Ausdruck gebracht. Wir brauchen diese Ausgleichsfläche, damit wir eben auch diesbezüglich im Gänsberg dieses Wohn- und eben auch Soziale Zentrum umsetzen können. Und deswegen würden wir auch den Geschäftsordnungsantrag der FDP/Freie Wähler folgen.

Stadtrat Schnell (AfD): Also Herr Löffler, wir hatten dieses Thema schon vor längerem einmal im Gemeinderat, und auch das Votum des Ortschaftsrates zu diesem Thema kam damals hier aufs Tapet. Und das war eigentlich allen klar. Und es ist ja jetzt nicht so, was wir heute beschließen müssen, ist, eine Empfehlung an den Regionalverband weiterzugeben. Was der dann macht daraus, ist etwas ganz anderes. Also wir stellen jetzt hier nicht Ihren Wunsch nach Wind und Solarenergie hier infrage grundsätzlich, sondern wir geben nur eine Empfehlung an den Regionalverband ab.

Die Vorsitzende: Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich würde dann in die Abstimmung einsteigen. Ich würde als Erstes jetzt diesen Änderungsantrag aufrufen, der zum Inhalt hat, die Fläche um den Gänsberg aus der Stellungnahme herauszunehmen. Und Sie sind abstimmungsbereit, dann steigen wir in die Abstimmung ein ab jetzt. – Damit ist der Antrag angenommen.

(Zuruf Stadträtin Dr. Klingert, dass das Mikrofon nicht funktioniert habe)

Okay, wiederholen wir das Abstimmungsprozedere, aber es war ein so großer Abstand, dass es vom Ergebnis her nichts verändern wird. Aber wir machen es trotzdem, damit es sauber dokumentiert ist. Wir stimmen erneut über den Änderungsantrag ab. – Mit 27 Ja-Stimmen entsprechend angenommen. Schauen wir uns noch das Bild an.

Dann würde ich jetzt die veränderte Beschlussvorlage zu TOP 9 aufrufen, mit dieser entsprechenden Streichung natürlich. Und Sie sind abstimmungsbereit, Top 9, ab jetzt. – Mit 38 Ja-Stimmung und 5 Nein-Stimmen angenommen.

Meine Bitte wäre einfach, wenn solche Diskussionen sind, auch aus dem Ortschaftsrat, noch einmal aus dem Planungsausschluss, das einfach in einem schriftlichen Antrag in die Gemeinderatsdebatte einzubringen. Das hätte vielleicht dann das Ganze etwas beschleunigt in der Diskussion, aber wir haben jetzt eine Entscheidung zu TOP 9.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt TOP 10. Hier geht es um die Teilfortschreibung „Windenergie“. Ich verweise auf die Beschlussvorlage, und wir können in die Abstimmung eintreten, und Sie können jetzt abstimmen ab jetzt. – Mit 38 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen entsprechend angenommen, herzlichen Dank.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
22. Mai 2025